



SEEHEIMER KREIS

in der SPD-Bundestagsfraktion

Seeheimer Strategiepapier - Juni 2024

WEIMARER ERKLÄRUNG DES SEEHEIMER KREISES





SEEHEIMER STRATEGIEPAPIER

WEIMARER ERKLÄRUNG DES SEEHEIMER KREISES

Am 23. Mai 1949 feierte nicht nur die SPD ihr 86-jähriges Bestehen, sondern auch das Grundgesetz der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland wurde offiziell verkündet. Nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur und nach vier Jahren Nachkriegsverwaltung, begann mit der neuen Verfassung eine 75-jährige Erfolgsgeschichte.

1989 folgte die mutige und friedliche Revolution in der damaligen DDR, die zur Wiedervereinigung Deutschlands führte. Das Grundgesetz gilt seit dem 3. Oktober 1990 für ganz Deutschland. Dies ist - allen Widrigkeiten und wirtschaftlich schwierigen Zeiten zum Trotz - der Beginn einer gemeinsamen deutschen Erfolgsgeschichte, um die wir weltweit beneidet werden.

Heute ist Deutschland mit etwa 46 Millionen erwerbstätigen Menschen und einem Bruttoinlandsprodukt von 4.122 Milliarden Euro die drittstärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Mit einer Erwerbslosenquote von 3,2 Prozent weist Deutschland den viertniedrigsten Wert in der Europäischen Union auf. Für unser Gesundheits- und Sozialsystem werden wir von vielen Nationen mit großer Anerkennung bedacht, die Pressefreiheit ist im internationalen Ranking auf Platz 10 hochgeklettert und die Inflation ist derzeit mit 2,2 Prozent im Tiefflug.

Uns allen ist klar, dass wir in Zeiten scheinbarer Gleichzeitigkeit mehrerer Krisen wie der Energiekrise und den Anstieg der Inflation in den letzten beiden Jahren eine echte Umbruchphase erleben. Mit der Zeitenwende haben wir einen außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsel vollziehen müssen. Putin führt uns mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine brutal vor Augen, dass sicher geglaubte Konzepte wie Frieden durch starke Handelsbeziehungen nicht mehr gelten. Wir müssen uns auf einen neuen Zustand des Unfriedens und dauerhafter Herausforderungen einstellen. Dazu trägt auch der durch gezielte Fake News-Operationen fremder Mächte auf Social Media verursachte Vertrauensverlust in Demokratien bei. Autokratien wie Russland mit Putin oder China mit Xi Jinping als Diktatoren versuchen, westliche Demokratien zu diffamieren, um vom eigenen Versagen und von der massiven Unfreiheit in ihren Systemen abzulenken. China mag wirtschaftlich aufgeholt haben, aber die persönlichen und gesellschaftliche Freiheiten, mitzuentcheiden oder auch nur die eigene Meinung zu äußern, existieren nicht. Wir wollen eine neue, dauerhafte Friedensordnung in Europa durch mehr Sicherheit schaffen. Die Freiheit, in der wir leben und die wir regelmäßig in gleichen und geheimen Wahlen zum Ausdruck bringen, kann langwierige Debatten und Probleme mit sich bringen. Demokratie ist zuweilen anstrengend, aber es ist die einzige Regierungsform, in der im konstruktiven Streit friedlich und fair Macht auf Zeit vergeben wird.





Niemand weiß, wie die Geschichte unseres Kontinents verlaufen wäre, hätte Putin nicht am 24. Februar 2022 die Ukraine angegriffen. Infolgedessen ergriffen Millionen von Menschen die Flucht nach Westen, die nun in allen voran in Polen und Deutschland versorgt werden.

Nach wenigen Monaten im Amt traf die neue Regierung Deutschlands unter der Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz eine grundlegende Entscheidung: Mit Begründung der „Zeitenwende-Epoche“ stellen wir uns auf raue Zeiten ein, rücken zusammen und wissen: Wir werden in dieser globalen Auseinandersetzung alles dafür tun, uns zu behaupten.

Trotz alledem ist uns vieles gelungen – unsere Versprechen haben wir eingehalten. Wir lassen die Erfolge der SPD-geführten Regierung unter Bundeskanzler Olaf Scholz nicht klein reden. Mit den Energiepreishilfen haben wir sowohl die Menschen im Land als auch die deutsche Wirtschaft gestützt. Mit der Einführung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes machen wir Deutschland fit für die Zukunft. Wir wollen global in der ersten Liga spielen und den Abstieg von Wirtschaft und Gesellschaft verhindern. Mit dem Deutschlandticket, der Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober 2022 (aktuell 12,41 Euro) sowie den gleichen Renten in Ost und West zeigen wir: Die hart arbeitenden Leistungsträgerinnen und Leistungsträger aus der Mitte der Gesellschaft können sich auf uns verlassen.

Das Sondervermögen für die Bundeswehr ist der Anfang und die Debatte um den Wehrdienst zeigt: Wir werden unsere Freiheit um jeden Preis verteidigen. Wir sehen die Schützer von Recht und Freiheit mehr als jede Regierung zu vor: Die Polizistinnen und Polizisten wissen, dass die Sozialdemokratie an ihrer Seite steht. Wir haben die Polizeizulage im Bund ruhegehaltstfähig ausgestaltet, wovon etwa 56.000 Beamtinnen und Beamte profitieren. Wir halten uns an die Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat. Unsere Sicherheitsarchitektur kann sich nach weiteren Steigerungen auf mehr als 50.000 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten stützen.

Außerdem haben wir mit der Wahlrechtsreform den Grundstein dafür gelegt, dass sich unser Parlament erheblich verkleinert. Reformen fangen beim politischen System und den Entscheiderinnen und Entscheidern selbst an.

Die größte Aufgabe für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aber ist die Verteidigung der Demokratie in Deutschland – im Inneren und nach Außen. Deutschland muss die Friedensmacht Europas sein.

Die Verteidigung der demokratischen Mitte kann nur gelingen, wenn wir die Antworten auf die Probleme in der Bevölkerung finden. Wohnungen müssen bezahlbar sein. Dazu gehört Wohnbau bis hin zur Förderung des Genossenschaftswesens. Wir brauchen klimafreundliche



und bezahlbare Mobilität in den Städten und auf dem Land. Wir wollen nicht nur den Mindestlohn erhöhen, sondern mit starken Gewerkschaften und modernen Unternehmen dafür sorgen, dass gute Löhne – tarifvertraglich gesichert – gezahlt werden.

Wir müssen das starre Festhalten an der schwarzen Null verwerfen, um massive Investitionen in unser Land zu ermöglichen. Dies muss auch durch Steuergelder getätigt und durch eine sozial ausgewogene Steuerreform, insbesondere der Einkommenssteuer, angestoßen werden. Bezahlbares Wohnen, eine gute Anbindung und gute Löhne sind Ausdruck von Respekt und Grundvoraussetzung für eine gerechte Gesellschaft.

Die Feinde der Demokratie nutzen die Freiheiten der Demokratie aus, um diese zu zerstören. Wir fordern daher, dass feindselige Politik mit Politik bekämpft wird. Die schärfste Waffe im politischen Diskurs ist immer noch das Wort. Wir wollen den harten Streit um das beste Konzept mit allen demokratischen Kräften und Parteien. Wir stehen jedoch gemeinsam gegen die Feinde unserer Demokratie und stehen gemeinsam für demokratische Werte und Freiheit – im Inneren wie im Äußeren.

Wer nur seinem eigenen Vorteil, seiner persönlichen Agenda oder gar der eines anderen Staates folgt, handelt egoistisch und unpatriotisch. Wer Deutschland liebt, der achtet Recht und Gesetz, dient unserer Demokratie und schützt unsere Verfassung. Das bedeutet:

- » Kein amerikanischer oder chinesischer Konzern darf bestimmen, wie wir soziale Netzwerke nutzen und wie wir unsere Debatten führen. Die Spielregeln müssen durch uns demokratisch festgelegt werden. Wir wollen eine rechtsstaatliche Regulierung und keine Marktdiktate.
- » Stärkung und Förderung von unabhängigem und qualitativ hochwertigem Journalismus, regionalen Medien und öffentlich-rechtlichem Rundfunk – Demokratie setzt Meinungsvielfalt und kritische Debatten voraus.
- » Stärkere Rolle der Nachrichtendienste bei der Erkennung und öffentlichen Benennung von Desinformationskampagnen, Propaganda und Staatszersetzung.

Gewalt darf nicht Teil der politischen Auseinandersetzung sein. Die jüngsten Morddrohungen und körperlichen Übergriffe gegen kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, Abgeordnete und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ehrenamtlich Tätige zeigen, wie wenig Anstand und Respekt die vermeintlichen Vaterlandstreuen vor ihren Mitmenschen haben. Wer die Freiheiten in unserem Land genießen will, z. B. seine eigene Meinung zu äußern, muss respektieren, dass auch andere Menschen diese Freiheiten genießen. Wir verteidigen die Freiheit – auch die Freiheit, gegen uns zu sein.





Wir fordern, unsere Behörden stark aufzustellen, um geltendes Recht mit dem staatlichen Gewaltmonopol durchzusetzen. Für jede und jeden gelten Recht, Regeln und Gesetze. Sie ordnen unser gesellschaftliches Zusammenleben. Niemand steht über dem Gesetz. Wir machen dabei keine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Extremisten.

Ob mit oder ohne deutschen Pass, ob links- oder rechtsextremistisch oder islamistisch: Wer sich nicht an geltende Gesetze hält, muss auch die Konsequenzen tragen. Dazu gehört sowohl die konsequente strafrechtliche Verfolgung als auch eine schnelle Verurteilung sowie deren Vollzug. Hierunter verstehen wir auch die Abschiebung von straffälligen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Gefährdern.

Wir fordern, mehr in Sicherheit zu investieren, um unsere Freiheit gegen all ihre Feinde zu verteidigen. Hierbei müssen wir innere, äußere und soziale Sicherheit zusammendenken: Wir brauchen neben dem Sondervermögen für die Bundeswehr auch stetige Investitionen in die innere Sicherheit, wie z. B. in den Zivilschutz, in Cybersecurity und in die Abwehr von extremistischen Gefahren. Unsere Sicherheitsbehörden müssen wir nicht nur personell weiter stärken, sondern auch vernünftig ausstatten. Aber auch um Kindern und jungen Menschen die notwendige Sensibilität für die elementaren Fragen unseres Gemeinwesens zu vermitteln, muss in Schulen verstärkt ein Fokus auf Demokratiegeschichte, Politik und den Umgang mit digitalen Medien gesetzt werden. Wir fordern eine zeitgemäße Gesetzgebung, die in kritischen Situationen Spielraum ermöglicht. Dies gilt gerade auch für den Cyberraum, der nicht rechtsfrei sein darf. Nur mit der europarechtskonformen Speicherung von IP-Adressen werden wir Straftaten im digitalen Raum endlich effizient verfolgen und ahnden können. Nicht nur Polizistinnen und Polizisten, sondern alle Blaulicht-Einsatzkräfte verdienen außerdem eine angemessene Bezahlung und unseren Respekt. Unsere Behörden müssen wehrhaft gegen Angriffe von innen und außen sein.





SEEHEIMER KREIS

in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035

Fax: 030 227-70043

E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de
www.seeheimer-kreis.de

www.facebook.com/Seeheimer.Kreis

Twitter: @seeheimer

Instagram: seeheimerkreis